

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



Aussenpolitische Kommission

Sekretariat

CH-3003 Bern

www.parlament.ch

apk.cpe@pd.admin.ch

23. Dezember 2003

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007 im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (soweit zurzeit voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 10 Absatz 2 GRS haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8. November 1991 wurden der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK-S) folgende Sachbereiche zugewiesen:

Aussenpolitik: Neutralität, Diplomatie, Internationale Beziehungen, Internationale Organisationen, Entwicklungshilfe, Finanzielle Hilfe, Technische Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte.

Aussenwirtschaftspolitik: Beziehungen Schweiz-EU, Beziehungen EFTA-EWR, Verträge mit dem Ausland, Währungsfragen, Beziehungen mit dem IWF, Handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer, Beziehungen der Schweiz zur Weltbank



2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

21 Statistischer Überblick

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hat insgesamt **219** Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	2	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	55	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	4	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	1	<i>Keine Folge gegeben</i>
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	2	<i>Keine Folge gegeben</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase, Komm.lv.)	1	<i>Annahme</i>
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.lv.)	1	<i>Annahme</i>
h.	Kommissions-Vorstösse	9	<i>4 Empfehlungen / 5 Postulate</i>
i.	Motionen des anderen Rates	2	<i>Angenommen / Als Postulat überwiesen / 1 Abgelehnt</i>
j.	Petitionen	11	<i>Folge geben / 7 Kenntnisnahme/ 2 Abschreibung</i>
k.	Interne Geschäfte	104	
l.	Spezialfälle	27	
	Total	219	

22 Vorlagen des Bundesrates

Die wichtigsten Geschäfte der Kommission:

2000:

- 99.011 Volksinitiative „Ja zu Europa“
- 99.033 Völkermord. Übereinkommen
- 99.073 KOKO, Neuorientierung und Verstärkung
- 99.087 Finanzhilfen an die FIPOI. BG und Bundesbeschluss
- 99.088 Vergleichs- und Schiedsvertrag zwischen der Schweiz und der Republik Kroatien
- 00.001 Europarat. Bericht des Bundesrates
- 00.003 Die Schweiz und die Konventionen des Europarates. 7. Bericht
- 00.007 Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 1999
- 00.019 Doppelbesteuerungsabkommen mit Albanien
- 00.020 Zolltarifarische Massnahmen. 2. Halbjahr 1999. Bericht
- 00.024 Botschaft zu einem Bundesgesetz zur Förderung des Exports
- 00.032 Doppelbesteuerungsabkommen mit Kasachstan
- 00.033 Doppelbesteuerungsabkommen mit der Mongolei
- 00.043 Henry-Dunant-Zentrum für humanitären Dialog. Finanzieller Beitrag
- 00.054 Doppelbesteuerungsabkommen mit Mazedonien
- 00.059 Volksinitiative: Solidarität schafft Sicherheit. Mitbericht an die SiK



00.070	Zolltarifarische Massnahmen I / 2000
00.074	Doppelbesteuerungsabkommen mit Indien
2001:	
00.068	Katastrophenhilfe. Abkommen mit Österreich
00.083	Doppelbesteuerungsabkommen mit Österreich
00.090	Internationaler Strafgerichtshof. Revision des Strafrechts
00.091	Aussenpolitischer Bericht 2000
00.093	Für den Beitritt der Schweiz zur UNO. Volksinitiative
00.095	Embargogesetz
01.001	Europarat. Bericht des BR 2000
01.003	Aussenwirtschaftspolitik 2000. Bericht
01.009	Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko. Genehmigung
01.017	Doppelbesteuerungsabkommen mit der Ukraine
01.018	Zolltarifarische Massnahmen 2000/II. Bericht
01.032	Doppelbesteuerungsabkommen mit Kirgisistan
01.043	Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2000. Bericht
01.054	Zolltarifarische Massnahmen 2001/I. Bericht
01.058	Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Übereinkommen
2002:	
01.052	Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Internationales Übereinkommen
01.072	Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung
01.073	Zusammenarbeit mit Osteuropa. Rahmenkredit. Verlängerung
02.003	Aussenwirtschaftspolitik 2001 Bericht
02.015	Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte. Bundesgesetz
02.019	Zolltarifarische Massnahmen 2001/II. Bericht
02.025	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Behörden. Zusatzprotokoll
02.027	Luftverkehrsabkommen mit Deutschland. Mitbericht an die KVF
02.037	Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland
02.039	Grenzvereinbarungsverträge. Abkommen mit Deutschland und Frankreich
02.042	Doppelbesteuerungsabkommen mit Lettland
02.058	Zolltarifarische Massnahmen 2002/I. Bericht
02.061	Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Singapur
02.062	Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Usbekistan
02.064	Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Estland
02.066	Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Litauen
2003:	
02.076	Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung. Rahmenkredit
02.077	Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte. Bundesgesetz
02.085	Botschaft über die Teilnahme der Schweiz an den allg. Kreditvereinbarungen des IWF. Verlängerung
02.086	Entwicklungszusammenarbeit Finanzierung
02.091	Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS. Rahmenkredit
03.003	Aussenwirtschaftspolitik 2002 Bericht
03.014	Zolltarifarische Massnahmen 2002/II. Bericht
03.015	Doppelbesteuerungsabkommen mit Iran
03.021	Exportförderung. Finanzierung für die Jahre 2004 – 2007. Mitbericht an die WAK
03.031	FIPOI. Finanzhilfe
03.034	Zentrum zur Entwicklung der Internationalen Migrationspolitik. Beitritt der CH. Mitbericht an die SPK
03.036	Internationale Währungs Kooperation. Neue Rechtsgrundlage
03.040	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern. Weiterführung



03.053	Zolltarifarische Massnahmen 2003/I. Bericht
03.059	Doppelbesteuerungsabkommen mit Israel
03.061	Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Chile. Genehmigung

23 Parlamentarische Initiativen / Standesinitiativen

- Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hat 1 Pa.Iv. (nicht Folge geben) und 2 Standesinitiativen (nicht Folge geben) vorgeprüft. Ferner hat sie 1 Pa.Iv. des anderen Rates behandelt (Folge geben).

24 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission (2. Phase): die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hat ihrem Rat 1 derartige Vorlage unterbreitet:

- Verordnung der Bundesversammlung über ihre Delegationen in internationalen parlamentarischen Versammlungen und zur Pflege der Beziehungen mit Parlamenten anderer Staaten

25 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäften hat die Aussenpolitische Kommission des Ständerates im Rahmen der Mitwirkung des Parlamentes an der Aussenpolitik gemäss Art. 47^{bis} a GVG Konsultationen zu folgenden Geschäften durchgeführt:

- Verhandlungsmandat betreffend die Bilaterale Verhandlungen II mit der EU;
- Verhandlungsmandat betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten;
- Verhandlungsmandate betreffend die WTO Ministerkonferenz von Doha und die Doha-Runde (u.a. Ministerkonferenz in Cancun);
- Prioritäten der Schweiz für die jährliche UNO-Generalversammlung.

Zudem behandelte die Aussenpolitische Kommission des Ständerates im Sinne von Art. 10 Abs. 2 Bst. b und c GRS (siehe oben) verschiedene aktuelle Fragestellungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- Eine Serie von vier Anhörungen zur Europapolitik, die als Grundlage für den Kommissionsbericht "Die Optionen der Schweizerischen Integrationspolitik" vom 18. März 2002 diene.
- Regelmässige Aussprachen mit den zuständigen Departementsvorsteherinnen und -vorstehern, insbesondere unter den wiederkehrenden Traktanden "Aktuelles aus dem EDA" und "Aktuelles aus dem EVD";
- Ein gemeinsames Seminar mit der APK-N über die Bretton Woods Initiative
- Gemeinsame Anhörungen mit der APK-N über die UNO im Rahmen der Beratungen der Volksinitiative "Für den Beitritt der Schweiz zur UNO" sowie über die Bretton Woods Institutionen.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Bruno Frick
- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Maximilian Reimann
- Präsident Wintersession 2001 – Wintersession 2003: Maximilian Reimann
- Vizepräsident Wintersession 2001 – Wintersession 2003: Peter Briner

32 Mitglieder der Kommission



- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 1999: Frick, Reimann, Béguelin, Briner, Brunner, Cornu, Cottier, Marty Dick, Merz, Saudan, Schmid-Sutter Carlo, Schmid Samuel, Stähelin
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 1999: Rico Wenger ersetzt Samuel Schmid ab Januar 2001; Hannes Germann ersetzt Rico Wenger ab Oktober 2002

33 Subkommissionen

Die Kommission hat 2 Subkommissionen gebildet:

- Subkommission Mitwirkung des Parlaments in der Aussenpolitik (Revision GVG): (Mitglieder APK-S: Frick, Béguelin, Marty, Schmid Samuel; Mitglieder APKN: Gysin Remo, Frey Claude, Schluer, Zapfl)
- Subkommission Bilaterale Beziehungen Schweiz – Deutschland (Mitglieder APK-S: Reimann (Präsident), Briner, Stähelin; Mitglieder KVF-S: Escher, Fünfschilling, Pfisterer; Hofmann Hans)

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt **31 Sitzungen** (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben **34,5 Sitzungstage** beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt **199 Stunden** (knapp 5.8 Stunden pro Sitzungstag).

42 Subkommission(en)

Die insgesamt **6 Sitzungen** (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben **5,5 Sitzungstage** beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt **20 Stunden** (knapp 3.6 Stunden pro Sitzungstag).

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Unter den wichtigsten Bundesratsvorlagen fanden sich die Botschaften zu den Volksinitiativen „Ja zu Europa“ (99.011) und „Für den Beitritt der Schweiz zur UNO“ (00.093). Zur UNO-Initiative fand eine gemeinsame Anhörung mit der APK des Nationalrates statt.

Nach den Beratungen der Europainitiative stellte sich die Kommission die Aufgabe, alle der Schweiz offen stehenden Optionen in der Europapolitik einer vergleichenden Analyse zu unterziehen. Sie führte im Verlauf des Jahres 2001 umfangreiche Anhörungen zu den Themen „Wirtschaft“, „Direkte Demokratie“, „Föderalismus“, „Aussen und Sicherheitspolitik“, „Innere Sicherheit“, „Sozialpolitik“ und „Staatsleitungsreform“ durch. Zu jedem Bereich wurden die Optionen „Bilateraler Weg“, „Beitritt zum EWR“ und „Beitritt zur Europäischen Union“ auf ihre Auswirkungen untersucht und der Bedarf an inneren Reformen abgeklärt. Die Kommission hat ihrem Rat im Frühjahr 2002 einen Bericht ("Die Optionen der Schweizerischen Integrationspolitik") vorgelegt und Empfehlungen über das weitere Vorgehen abgeben. Die APK-S war damit eines der wenigen politischen Foren in der Schweiz, welche auch nach der Abstimmung vom 4. März 2001 das Thema der schweizerischen Integrationspolitik weiterhin intensiv behandelte.

Weitere Vorlagen des Bundesrates betrafen die Stärkung der schweizerischen Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit, wie beispielsweise zwei Rahmenkredite betreffend die Entwicklungszusammenarbeit (02.086, 03.040) sowie die Verlängerung der Rahmenkredite für die Ostzusammenarbeit (01.073) bzw. die Humanitäre Hilfe (01.072). Diesem



Tätigkeitsbereich sind auch das neue Bundesgesetz und zwei Rahmenkredite über die zivile Friedensförderung (02.077, 02.076, 02.091), die Genehmigung des Abkommens gegen den Völkermord (99.033) oder der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Strafgerichtshof (00.090) zuzuschreiben. Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des IWF bildete einen weiteren Schwerpunkt mit dem neuen Bundesgesetz über die internationale Währungshilfe (03.036) und der Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF (02.085).

Auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik stand die Exportförderung im Vordergrund. Die Kommission hat insbesondere das Exportförderungsgesetz (00.024) vorberaten und einen Mitbericht zum Rahmenkredit für die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2004-2007 (03.021) zuhanden der Kommission für Wirtschaft und Abgaben verfasst. Ferner hat sich die Kommission mit dem jährlichen Aussenwirtschaftsbericht befasst und die ersten Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit aussereuropäischen Ländern (Mexiko, Singapur, Chile) behandelt. Ausserdem hat die Kommission mehrere Doppelbesteuerungsabkommen beraten.

52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen

Die Kommission hat in der Berichtsperiode die parlamentarische Initiative David "Eidgenössische Kommission für Menschenrechte" vorgeprüft und beantragt, ihr keine Folge zu geben. Gleichzeitig hat sie ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat beauftragt, Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Gründung einer solchen Kommission abzuklären. Bei der Vorprüfung einer Standesinitiative des Kantons Wallis (99.302 WTO. Sozial- und Umweltklausel) ist die Kommission zum ähnlichen Schluss gekommen, ihr keine Folge zu geben, aber die Überweisung eines Postulates zu beantragen. Ferner hat die Kommission beschlossen, einer weiteren Standesinitiative, eingereicht durch den Kanton Genf (01.307 Menschenrechtsverletzungen in Myanmar) keine Folge zu geben.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen Initiativen)

Die Kommission hat in der Berichtsperiode den Entwurf zur Verordnung der Bundesversammlung über ihre Delegationen in internationalen parlamentarischen Versammlungen und zur Pflege der Beziehungen mit Parlamenten anderer Staaten (03.410, Verordnung über parlamentarische Delegationen, VpDel) ausgearbeitet. Die Verordnung enthält die Ausführungsbestimmungen zum Art. 60 des neuen Parlamentsgesetzes (ParlG). Sie bezweckt eine gemeinsame Regelung für die bereits existierenden ständigen Delegationen sowie für die zu bildenden offiziellen Freundschaftsgruppen mit ausländischen Parlamenten.

54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRS Art. 10 Abs. 2 Bst. b)

Unter dem Titel „Aktuelles aus dem EDA“ und „Aktuelles aus dem EVD“ lässt sich die Kommission regelmässig über aussenpolitisch relevante Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich der beiden Departemente informieren, in der Regel durch die Departementsvorsteher persönlich.

Gemeinsam mit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates hat die Kommission im Jahr 2001 insgesamt fünf Kurzbesuche bei Parlamenten von Mitgliedstaaten der europäischen Union durchgeführt. Die Besuche wurden in der Regel durch eine Delegation von je zwei Mitgliedern der beiden Kommissionen unternommen und dauerten jeweils einen Tag. Sie dienten der Aufnahme eines direkten Dialogs über die schweizerische Integrationspolitik, um Verständnis für die europapolitischen Anliegen der Schweiz zu schaffen, und um Einblick in die Standpunkte der Gesprächspartner zu erhalten. Wichtige



Themen waren die Ausgestaltung neuer bilateraler Verhandlungen sowie die Anliegen der EU im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Schweiz. Diese Besuche wurden durch zwei weitere ergänzt (Oslo in 2002 und Luxemburg in 2003), die dasselbe Ziel verfolgten und von der APK-S allein durchgeführt wurden.

Schliesslich fand einmal pro Jahr eine Informationsreise statt. Die Kommission besuchte Länder in Mittel- und Osteuropa, welche die Annäherung an die Europäische Union beziehungsweise den Beitritt anstreben. Die Reisen nach Prag (2000) und Kyiv (2001) boten interessante Einblicke in die verschiedenen Entwicklungsstadien, welche die Länder des ehemaligen Ostblocks bzw. der Sowjetunion seit dem Ende des kalten Krieges durchlaufen. In 2002 besuchte die Kommission Dänemark. Im 2003 musste die geplante Reise in die Türkei "verschoben" werden, nachdem die türkische Regierung einen offiziellen Besuch von Bundesrätin Calmy-Rey kurzfristig abgesagt hatte. Die Kommission vertrat die Meinung, dass diese Massnahme auf parlamentarischer Seite nicht unwidersprochen bleiben durfte und dass die Voraussetzungen für eine fruchtbare Reise nicht mehr gegeben seien.

55 Koordination mit anderen Kommissionen

Die Kommission hat in einer gemeinsamen Subkommission mit der APK des Nationalrats einen umfangreichen Bericht zuhanden der Staatspolitischen Kommission ausgearbeitet, in welchem sie zum Entwurf des neuen Parlamentsgesetzes Stellung nahm und Änderungsanträge einreichte. Die Ausarbeitung der Verordnung über parlamentarische Delegationen (siehe oben, 53) erfolgte ebenfalls koordiniert mit der SPK. Sowohl mit der SPK wie auch mit der SiK ist die Koordination durch eine grosse Zahl von Doppelmitgliedschaften sichergestellt.

Ferner hat die Kommission Mitberichte bei Geschäften verfasst, die in der Zuständigkeit anderer Kommissionen lagen aber wichtige aussenpolitische Aspekte aufwiesen. So hat sie namentlich zur Volksinitiative „Solidarität schafft Sicherheit“, zum Luftverkehrsabkommen mit Deutschland und zur Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2004-2007 Stellung genommen. Umgekehrt hat sich die Sicherheitspolitische Kommission mittels Mitbericht an der Vorberatung der drei Vorlagen betreffend die zivile Friedensförderung (siehe oben, 51) beteiligt. Diese Zusammenarbeit unter Kommissionen im Rahmen des Mitberichtsverfahrens kann als positiv beurteilt werden. Sie hat zur Klärung der Sachlage und zur Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder beigetragen.

Zum Thema Luftverkehrsabkommen mit Deutschland nahm die Kommission auf Einladung der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen an einer Aussprache mit dem Vorsteher des UVEK teil. Im Zusammenhang mit der verschärften Flugverkehrsverordnung Deutschlands wurde auf Anregung der Kommission eine gemischte Subkommission "Bilaterale Beziehungen Schweiz – Deutschland" mit der KVF gebildet. Diese Subkommission hatte den Auftrag, die Flugverkehrsproblematik unter Würdigung der Gesamtheit der Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern zu erörtern.

56 Mitwirkung des Parlaments in der Aussenpolitik

Entsprechend den Bestimmungen in Artikel 47 bis a GVG wurde die Kommission zu den Mandaten betreffend die neuen bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union sowie die Ausdehnung der Bilateralen Verträge I auf die neuen EU-Mitgliedländer konsultiert. Konsultationen fanden auch zum Verhandlungsmandat für die WTO-Konferenzen von Doha und Cancun statt. Weiter waren die Prioritäten der Schweiz für die Generalversammlung der Vereinten Nationen in 2002 und 2003 Gegenstand von Konsultationsverfahren.



6 Ausblick: wichtige Themen der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007 im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (soweit zurzeit voraussehbar)

Die Kommission wird sich auch in Zukunft mit den Entwicklungen der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union befassen. Sie wird sich regelmässig über den Verlauf der Verhandlungen orientieren lassen und ihre Mitwirkungsrechte wahrnehmen. Neben dem Abschluss der Bilateralen Verhandlungen II steht hier die Ausdehnung der Bilateralen Abkommen I in dem Vordergrund. Der innenpolitische Meinungsbildungsprozess über die längerfristige Integrationspolitik der Schweiz ist nicht abgeschlossen. Die Kommission wird sich an diesem Prozess weiterhin aktiv beteiligen. Ferner wird sich die Kommission im Rahmen des Konsultationsverfahrens an den Vorbereitungsarbeiten des Bundesrates in Bezug auf eine mögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beteiligen.

Die Stellung und Rolle der Schweiz in den Vereinten Nationen wird ein zweiter Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit darstellen. Die Kommission wird die Aktivitäten der UNO verfolgen und sich über die Mitarbeit der Schweiz informieren lassen, entweder mittels der in Artikel 152 ParlG festgelegten Konsultationsmechanismen oder im Rahmen der Gespräche über aktuelle Themen mit der Vorsteherin des EDA. In thematischer Hinsicht werden insbesondere die Reformen der Weltorganisation und die Neutralität im Mittelpunkt stehen.

Die dritte Priorität wird weiterhin die bilaterale und multilaterale Beteiligung der Schweiz an der internationalen Zusammenarbeit sein. Die Kommission wird die Politiken und die Aktivitäten der Schweiz im Rahmen der Entwicklung- und Ostzusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der zivilen Friedens- und Menschenrechtsförderung sowie der Wirtschafts- und Währungshilfe prüfen und mitgestalten. Auf multilateraler Ebene spielen hier die Bretton Woods Institutionen eine wichtige Rolle.

Ferner wird sich die Kommission mit Fragen des Welthandels befassen. Schwergewichtig werden sich die Kommissionsberatungen in diesem Gebiet auf die Verhandlungen im Rahmen der WTO sowie auf die bilateralen Massnahmen zur Verbesserung der Stellung der Schweiz im internationalen wirtschaftlichen Umfeld (Freihandels- und Doppelbesteuerungsabkommen sowie Exportförderung) konzentrieren.

Schliesslich wird die Kommission die allgemeine internationale Lage sowie die bilateralen diplomatischen Beziehungen der Schweiz verfolgen.